

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl Postzustellung)
Oesterr Postsparkassenkonto Nr 119471

(LINKSOPPOSITION)

Redaktion und Administration
XVI, Kirchstettengasse 19/10, Tel R-90-9-58

Preis 15 Groschen

Jänner 1932 3

7. Jahrgang, Nr. 118

Alles für den Sieg in Grünbach! Alles für die Kampfeinheitsfront der Streikenden!

Eben darum muß die RGO ihr Einheitsfrontangebot an die Grünbacher Ortsleitung der Gewerkschaften ergänzen durch das öffentliche Spitzenangebot der Herstellung der Kampfeinheitsfront in Grünbach an den Bundesvorstand der Gewerkschaften, verbunden mit dem Angebot, die gesamte RGO, die die stalinische Grundeinstellung auf Schaffen von Gewerkschaften ehrlich und ohne Hintergedanken aufgibt, in die Freien Gewerkschaften überzuführen als Revolutionäre innergewerkschaftliche Opposition, die die gewerkschaftliche Aktionsdisziplin anerkennt, unter Sicherung des Rechtes auf Kritik und Propaganda.

Unter Umgehung der Belegschaft, unter Umgehung selbst der streikenden Gewerkschaftsmitglieder, hat die Sozialdemokratie am 2. Jänner die sozialdemokratischen Vertrauensmänner des Schmelzberggebietes zu einer Vertrauensmännerversammlung zusammengerufen und darin eine Delegation wählen lassen zu Verhandlungen mit den Bergbaronen. Der sozialdemokratische Plan bewegt sich genau auf der Linie, die wir vorausgesagt: den streikenden Kumpels soll mittels des sozialdemokratischen Apparates ein den Bergkapitalisten genehmer Abschluß über den Kopf geworfen und ihnen zur Täuschung irgendein Präsentier vor die Nase gehalten werden.

Mit Recht setzt die RGO das Äußerste daran, diesen tückischen Plan zu verhindern.

Belegschaftsversammlung zur Wahl einer einheitlichen Streikleitung, die allein zur Führung der Verhandlungen und zum Abschluß ermächtigt sein soll. Allein gerade der Gang der Ereignisse zeigt, wie sich die RGO selbst, obwohl sie in Grünbach verhältnismäßig stärker ist als sonst in Oesterreich, vollkommen ausgeschaltet hat. Niemals könnte die Sozialdemokratie diese Verräterei auch nur anzukurbeln wagen, wenn die RGO sich durch ihre grundsätzliche, eben stalinische Taktik, nicht selbst ausschalten würde.

Obwohl die Ereignisse unserem am Neujahrstage verfaßten Artikel vorausellen, veröffentlichten wir ihn dennoch.

Erstens, weil er zeigt, durch welche taktischen Fehler sich ausschaltend die RGO der Gewerkschaftsbürokratie das Feld freigelassen hat zu dem sozialdemokratischen Vertrauensmanöver.

Zweitens, weil wir der Ansicht sind, daß unser Artikel auch für die neue Lage in der entscheidenden Frage die richtige taktische Linie gibt. Die RGO hat sofort richtig die Streikenden gegen das sozialdemokratische Vertrauensmanöver, für die allgemeine Belegschaftsversammlung, für die Wahl einer einheitlichen Streikleitung zur alleinigen Führung der Verhandlungen mobilisiert, sie muß das sofort, ihr schon gemachtes Angebot ergänzend, verbinden mit jenem offenen Spitzenangebot, das wir in diesem Artikel vorschlagen: dann werden sie den verräterischen Plan der SP durchkreuzen, die Streikvollversammlung, die Wahl der einheitlichen Streikleitung, die Kampfeinheitsfront, den einigen Kampf erzwingen, der allein den streikenden Kumpels den Weg öffnet zum Sieg.

Der Kampf der Grünbacher Bergarbeiter ist von großer Bedeutung nicht nur für die Kumpels in Grünbach, sondern für die österreichischen Bergarbeiter, ja für die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs. Siegen die Bergbarone in diesem Streik, in dem den Arbeitern die relativ gute Konjunktur zugute kommt, die infolge besonderer Umstände gerade jetzt in den österreichischen Bergwerken herrscht, so würde das das Signal für alle Ausbeuter in Oesterreich sein, ihren Angriff auf die Löhne aufs Äußerste zu verschärfen. Umgekehrt, siegen die Grünbacher Bergarbeiter, wird das den Kampfwillen aller Bergarbeiter, ja der gesamten Arbeiter stärken, die Kampfposition der Gesamtarbeiterschaft verbessern, die Streikwelle heben und zu weiteren Erfolgen führen für andere Arbeiterschichten, für die ganze österreichische Arbeiterklasse.

Vier Wochen schon währt der Kampf. Was ist zu tun, um ihn zum Sieg zu führen? Um diese Frage richtig zu beantworten, ist es zuerst notwendig, die Lage so wie sie wirklich ist, ins Auge zu fassen.

Die Bourgeoisie

Die Bergbarone kämpfen auf der Linie der Ermattungstaktik. Sie sehen die Belegschaft in drei Teile gespalten: 700 unter Führung der freien Gewerkschaften, 300 unter Führung der RGO, 60 Nazis. Vom Ausbeuterstandpunkt aus sagen sie sich: da die Streikenden in drei Teile gespalten sind, so können wir...

Ausbeuter nichts anderes, als daß diese Spaltung anhält, sich möglichst noch vertieft und daß jede Ausdehnung des Kampfes auf andere Bergwerke unterbleibt. In diese Richtung arbeitet die Bourgeoisie durch die kapitalistische Staatsgewalt. Sie verbietet Demonstrationen, ja selbst Versammlungen, Grünbach ist von Gendarmerie besetzt.

Die Faschisten

Nazis und Heimwehr wirken genau in dieselbe Richtung. Ihr Ziel ist, den Kämpfenden in den Rücken zu fallen, ihre Niederlage herbeizuführen.

Die Rolle der SP

Was tun die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, was tut die Sozialdemokratie?

Obwohl der Bergbau gerade jetzt eine ausgezeichnete Konjunktur hat (siehe «AZ» vom 1. Jänner), war die sozialdemokratische Führung gegen den Streik, sie wollte ihn verhindern. Die Arbeiter haben dank der kommunistischen Initiative den Streik erzwungen. Sie wollten sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie an die Spitze, damit ihr die Führung nicht entgleite.

Wie führt die sozialdemokratische Bürokratie den Kampf? Wohin führt sie den Kampf? Sie verhindert jede Verbreitung der Kampffront, ja sie verhindert die Kampfeinheitsfront. Es wäre ihre Pflicht gewesen, die Streikenden zu einer Kampfeinheitsfront zu vereinigen. Sie hat das nicht getan, sie tut es nicht, sie hat dazu innerhalb der vier Wochen nicht den geringsten Versuch unternommen und zeigt auch heute nicht die geringste Absicht dazu. Die Spaltung der Streikenden ist der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie erwünscht, sie will nicht die

Kampfeinheitsfront, weil sie den Kampf nicht will, sie will die Einheitsfront des Nichtkampfes, des Scheinkampfes, letzten Endes die Einheitsfront des Beugens unter den Willen der Ausbeuter. Sie will allerdings eine Kleinigkeit für die Arbeiter herausbekommen, um durch diesen «Erfolg» sich die weitere Führung über die Arbeiter zu sichern. Diese verräterische Politik ist die zwangsläufige Folge der auf die Koalition, auf die Zusammenarbeit, auf das Bündnis mit der Bourgeoisie gerichteten Gesamtpolitik der Sozialdemokratie. Auch wo die SP mit der Bour-

und für die Koalition, um und für das Zusammenwirken mit der Bourgeoisie. Um das dem sozialdemokratischen Zusammenwirken mit der Bourgeoisie angepaßte Ende des Streiks zu erreichen, sucht die SP den bestehenden, für die Streikenden so nachteiligen Zustand der Spaltung und Isolierung aufrecht zu erhalten und dieses ihr verräterische Verhalten durch Sammlungstätigkeit zu maskieren. Kampfeinheitsfront, Verbreitung der Kampffront, das ist notwendig zum Sieg. Aber gerade das will die SP nicht, gerade das verhindert sie. Darum ist ihre ganze Sammlungstätigkeit vom Standpunkt des Kampfes Augenauswischeri. In der Tat, bleibt es bei der Spaltung und Isolierung der Streikenden, so wie die SP will, so bedarf es nur geduldigen Zuwartens, um jene Zermürbung der Streikenden zu erreichen, bei der dann der «Erfolg» von der SP «erkämpft» wird, den die SP von Haus aus zum Ziele hat. Die Zuspitzung des Kampfes macht die sozialdemokratische Verratspolitik sichtbar als sonst, gerade darum hat die SP die Verleumdungs- und Verhetzungskampagne gegen die Kommunisten angekurbelt, um den Arbeitern den Blick zu vernebeln.

RGO und KP

Die Kampfeinheitsfront herzustellen, darauf vor allem kommt es an. Gelingt es, die getrennt kämpfenden Bergarbeiter zu einheitlichem Kampf zusammenzuschließen, so würde das zur Verbreiterung der Kampffront führen, der Kampf würde auf andere Bergwerke übergreifen. Mit Recht hat sich daher die RGO die Herstellung der Kampfeinheitsfront der Streikenden zum nächsten taktischen Hauptziel gestellt.

Vier Wochen schon dauert der Kampf. Vier Wochen schon strengen sich RGO und

KP aufs Äußerste an, die Einheitsfront der Streikenden herauszubilden. Allein trotz all dieser großen Anstrengungen sind sie ihrem taktisch richtigen Ziel nicht um einen Schritt näher gekommen. Richtiges Ziel, größte Anstrengung und dennoch kein Fortschritt, das kann seine Ursache haben und hat seine Ursache nur in der Taktik. In der Tat ist die von der RGO, von der KP angewendete Taktik falsch, grundfalsch. Es ist nämlich die stalinische Gewerkschaftstaktik.

Stalins Gewerkschaftslinie im Lichte des

70 Grünbacher Bergarbeiter gehören der KP an. Die RGO in Grünbach beehlt außer diesen 70 Kommunisten noch 230 sympathisierende Bergarbeiter. Von diesen 300 Kumpels sind nur rund zehn Mann Mitglieder der Gewerkschaft. Ein unverzeihlicher Fehler. Wie ganz anders stünde es heute in Grünbach, wenn zum Beispiel selbst nur die 70 kommunistischen Bergarbeiter Mitglieder der Gewerkschaft wären! Ist das ein Fehler der Grünbacher Kommunisten? Nein und nochmals nein! Das ist nicht ein Fehler der Kommunisten, nicht ein Fehler der Arbeiter, sondern ein Fehler der stalinischen Gewerkschaftslinie. Jahrelang hat die Stalinbürokratie jene Stimmung, die besonders unter den Bergarbeitern so stark ist, das «Heraus aus den Gewerkschaften!» geradezu gefördert. Dann schlug sie offen den Kurs ein auf Gründung «roter», selbständiger Verbände, das heißt auf Schaffung von Sondergewerkschaften, Gegengewerkschaften. Wie mit einem Magnet zog sie durch diese grundsätzliche Lösung fast alle kommunistischen und revolutionären Arbeiter aus der Gewerkschaft. Die linksoppositionelle Kritik, die den Widersinn dieses RGO-Kurses grell aufzeigte, zwang die Stalinbürokratie, zu einer Wendung. Sie behielt ihre Grundeinstellung «Kurs auf selbständige Gewerkschaften» bei, aber nicht mehr offen, sondern verhüllt. Auf einmal begann sie zu schreien: «Hinein in die Gewerkschaft!» Einerseits soll dies den Kurs auf Schaffung von Gegengewerkschaften besser verschleiern, andererseits will die stalinische innergewerkschaftliche Arbeit so mehr Kräfte aus den Gewerkschaften heraus in die RGO überleiten.

Die revolutionären und selbst die meisten kommunistischen Arbeiter sind sich über diesen Widerspruch noch nicht klar. Aber der Widerspruch selbst ist so kraß, daß dem an sich vollkommen richtigen Ruf der Stalinbürokratie «Hinein in die Gewerkschaften!» praktisch nur eine sehr geringe Zahl folgt. So, durch die Schuld der Stalinbürokratie ist es gekommen, daß die innergewerkschaftliche Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften, also auch

Unterstützt die Aktion der Kommunistischen Partei Oesterreichs für die Arbeitslosen!

Im Metall- und Bergarbeiterverband, so schwach ist. So, durch die Schuld der Stalinbureaukratie, ist es gekommen, daß die sozialdemokratische Führung instand war, eine ihr genehme Streikleitung einfach von oben diktiert einzusetzen, ohne sich um die Belegschaft zu kümmern, ja ohne auch nur die Gewerkschaftsmitglieder zu befragen. So, durch die Schuld der Stalinbureaukratie ist es gekommen, daß die paar Kommunisten und Revolutionäre in der Gewerkschaft vollkommen einflußlos sind, daß die Stalinbureaukratie machen konnte, was sie wollte. Das war der Stand der Dinge vor dem Streik, zu Beginn des Streiks.

Die RGO versuchte nun das Glück von außen. Sie berief eine Belegschaftsversammlung ein, in die jene Bergarbeiter kamen, die den Anhang der RGO bilden. Von dieser Belegschaftsversammlung ließ sie eine eigene Streikleitung wählen, die revolutionäre Streikleitung. Wir müssen der Wirklichkeit in die Augen sehen und das, was wirklich ist, aussprechen. Nur auf solcher realistischer Grundlage kann die Taktik richtig eingestellt werden. Die revolutionäre Streikleitung ist in Wirklichkeit nicht gewählt von der Belegschaft, sondern nur von den Mitgliedern und Sympathisierenden der RGO, sie ist also die RGO-Streikleitung. Die kämpfenden Bergarbeiter in Grünbach haben also zwei Streikleitungen: die reformistische Gewerkschaftsleitung und die revolutionäre RGO-Streikleitung. Wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie die streikenden Arbeiter spaltet, und das tut sie, so ist sie vollkommen auf der Linie der SP. Aber die RGO ist nicht dazu da, der verräterischen Sozialdemokratie die Spaltung der Streikenden zu erleichtern, sondern im Gegenteil zu erschweren, zu durchkreuzen und trotz des Widerstandes der Reformisten die geschlossene Kampffront zu erzwingen. Dazu genügt aber nicht der bloße gute Wille, sondern dazu gehört eine Taktik, die die Kampfeinheitserwartung auch tatsächlich erzwingen kann. Gerade an dieser Taktik mangelt es. Vier geschlagene Wochen strengt sich die RGO aufs äußerste an, die geschlossene Kampffront in Grünbach herauszubilden, mit welchem Erfolg ist bekannt: nämlich mit keinem.

Stalinische «Wendung»

Unter dem Druck unserer Kritik, die in dem sich zuspitzenden Grünbacher Streik grelle Beleuchtung findet, sieht sich die Stalinbureaukratie zu einer Wendung gezwungen, die unserem Standpunkt äußerlich entgegenkommt. Wir sind weit entfernt, darüber zu jubeln. Wir stellen im Gegenteil fest, daß es sich nur um eine echt stalinische «Wendung» handelt. So oft die grundsätzliche stalinische Grundlinie zu einem sichtbaren Bankrott zu führen droht, «wendet» die Stalinbureaukratie die Taktik, um jedoch die Grundlinie im geringsten zu ändern. Dem Kampf wird durch solche Wendung nicht geholfen, aber durch den so erzeugten Schein einer Wendung wird die stalinische Bankrotlinie allerdings besser verschleiert. Es ist so mit allen taktischen «Wendungen» des Stalinismus, es ist so auch mit der stalinischen «Wendung» im Grünbacher Streik.

Am 31. Dezember schlägt die RGO der Grünbacher Ortsgruppenleitung der freien Gewerkschaften und dem Betriebsrat vor: die Bildung einer Streikleitung, die vom Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft getragen ist, zu diesem Zwecke eine allgemeine Streikversammlung, ferner die Ergreifung von Maßnahmen zur Ausbeutung des Streiks usw.

Noch am Tage zuvor schrieb die «Rote Fahne» (30. Dezember): «Worauf stützen sich die Gewerkschaftsbureaukraten beim Lohnraub? Sie stützen sich auf ihre Wehrleitung in den unteren und untersten örtlichen Leitungen des Gewerkschaftsapparates... Wer führt den Streikbrecherkurs der Bureaukraten durch? Nehmen wir den Kampf in Grünbach. Ist dort nicht die Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes das Zentrum aller Streikabwürgungsversuche? Da vermittelt der reformistische Betriebsratsobmann Streikbrecher usw. Ist es nicht die örtliche Leitung, die fest in der Hand der Bureaukraten liegt, die diesen Streikbrecherkurs in Grünbach an Ort und Stelle durch-

führt? ... Waren es nicht die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften, die vielfach erst den Arbeitslosen all das (den sozialdemokratischen Verrat an den Arbeitslosen) mundgerecht machen? ...

Noch war die Druckerschwärze nicht trocken, da vollzog die Stalinbureaukratie eine Wendung um 180 Grad. An dieselbe Ortsgruppenleitung, an denselben Betriebsrat, den sie tags zuvor und die ganzen Wochen hindurch so qualifiziert hatte, wendete sie sich nun mit einem Einheitsfrontangebot. Sie, die seit langer Zeit täglich verkündete, daß man Saboteure des Kampfes kein Angebot der Einheitsfront machen könne. Um diese taktische «Wendung» durchzuführen, mußte sich die Stalinbureaukratie in die Riesenblamage stürzen, das, was sie am 30. Dezember in der «Roten Fahne» gegen die Ortsgruppenleitungen geschrieben, 24 Stunden später als «links-sektiererischen Fehler» anzuprangern. Aber diesen «links-sektiererischen Fehler» betreibt das Stalin-ZK seit Monaten, seit Jahren. Es ist also die Stalinbureaukratie selbst, die sich da an den Pranger stellt. Wie sehr dieser Mangel an Voraussicht, diese Riesenblamage der RGO, der KP schadet, liegt auf der Hand.

Doch sei dem wie immer, die Hauptfrage bleibt: Ist dieser Schritt, ist dieses Einheitsfrontangebot an die Grünbacher Ortsgruppenleitung, an den Grünbacher Betriebsrat ein taktischer Fortschritt? Wenn dem so wäre, wir würden das freudig begrüßen trotz der blamablen Vorgeschichte. In Wirklichkeit ist die «Wendung», soweit es auf die stalinische Absicht ankommt, kein Fortschritt. Sie ist nur insofern ein Fortschritt, als gerade diese «Wendung» erweist, daß die Grundfalsche der stalinischen Gewerkschaftsfront leichter aufzuzeigen. Man muß über alle diese Fragen vollkommen wahrheitsgemäß, der Wirklichkeit entsprechend vor allen Kommunisten, vor der gesamten Arbeiterschaft offen sprechen. Nur so kann man den kämpfenden Bergarbeitern helfen. Nur so der RGO, der KP, der Arbeiterklasse, der revolutionären Sache nützen.

Das Ziel des Angebotes ist die Herstellung der Kampfeinheitserwartung in Grünbach. Das ist gut so. Aber wie soll durch dieses stalinische Angebot die Kampfeinheitserwartung entstehen? Dadurch, daß dieses Einheitsfrontangebot die Ortsgruppenleitung und den Betriebsrat von der Gewerkschaft löst unter die Führung der selbständigen RGO, letzten Endes sie in die selbständige RGO überleitet.

Unter besonders günstigen Verhältnissen ist es der RGO in Berlin gelungen, die Verkehrsarbeiter geschlossen in den Kampf zu reißen und den Kampf geschlossen kurze Zeit zu führen. Die Hauptsache allerdings, den Sieg, erzielte sie nicht, konnte sie bei ihrer grundsätzlichen, nämlich stalinischen Gewerkschaftsfront überhaupt nicht erzielen. Mit all ihren großen Schwächen ist die deutsche RGO ein wahrer Riese gegenüber der österreichischen RGO. Das, was der RGO in Berlin gelungen ist, den Streik kurze Zeit einheitlich geschlossen zu führen, das kann bei dem gegebenen Kräfteverhältnis in Oesterreich die RGO nicht erzielen. Auch nicht mit diesem Einheitsfrontangebot! Das stalinische Angebot führt nicht zur Kampfeinheitserwartung, sondern erschwert deren Herausbildung und verdrängt die kostbare Zeit. Jeder Zeitverlust bedeutet jetzt für die Bergbarone, für die verräterische Sozialdemokratie. Die Bergarbeiter, die heldenmütig schon vier Wochen im Kampf stehen, brauchen die Kampfeinheitserwartung und zwar schnell. Was ist dazu notwendig?

Was ist notwendig zur raschesten Herstellung der Kampfeinheitserwartung in Grünbach?

Notwendig ist, daß die RGO ihr Einheitsfrontangebot an die Ortsgruppenleitung und den Betriebsrat sofort ergänzt durch ein gleichlaufendes Spitzenangebot an den Bundesvorstand der freien Gewerkschaften. Auch das genügt nicht.

Notwendig ist dieses Kampfeinheitserwartungsangebot an die Arbeiter, an den Betriebsrat, an die Ortsgruppenleitung, an die Splitzen der freien Gewerkschaften sofort zu verbinden mit dem öffentlichen Angebot der RGO, die ihre stalinische Grund-

einstellung auf Schaffen von Gegengewerktschaften ehrlich und ohne Hintergedanken aufgibt, in die freien Gewerkschaften überzuführen als «Revolutionäre Innergewerkschaftliche Opposition, die die gewerkschaftliche Aktionsdisziplin anerkennt unter Sicherung des Rechtes auf Kritik und Propaganda».

Das ist es, was die RGO sofort tun muß und was unsere Partei, die KP, mit aller Kraft unterstützen muß. Tun sie das — je früher desto besser —, dann erzielen sie folgende Wirkungen:

Vor allen Grünbacher Arbeitern, vor allen österreichischen Bergarbeitern, vor der gesamten Arbeiterschaft Oesterreichs wird dadurch unbestreitbar, daß die RGO ehrlich alles getan hat und tut, um das herbeizuführen, was zum Sieg der Grünbacher Kumpels notwendig ist, die Kampfeinheitserwartung.

Lehnt die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze ab, dann wird es dem sozialdemokratischen Durchschnittsarbeiter, dann wird es der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter klar, daß es die Sozialdemokratie ist, die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie, die die Kampfeinheitserwartung, die den Sieg der Bergarbeiter verhindert. Dann wird der läckische Plan

der SP, die streikenden Bergarbeiter um ein Linsengericht den Bergbaronen preiszugeben, die Schuld aber auf die Kommunisten, auf die RGO zu schieben, durchkreuzt.

Nimmt aber die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie das Angebot an — belagendem Massendruck wird sie annehmen müssen —, so ist die Gewerkschaftsfront hergestellt, ein riesiger Antriebsgewinn zur Stärkung der gesamten Gewerkschaften im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, und in diesen Gewerkschaften muß und wird die RGO, die Revolutionäre Innergewerkschaftliche Opposition gewaltig an Masseneinfluß gewinnen, wenn sie arbeitet auf der Linie des revolutionären Realismus, das heißt auf der Linie Lenins. Auf dieser Linie kämpfend, wird sie schließlich die Gewerkschaften, die Führung in den Gewerkschaften erobert. Immer unter der Voraussetzung leninischer Gesamtpolitik der Kommunistischen Partei.

Das ist die einzige Taktik, die den kämpfenden Kumpels hilft. Das ist die einzig richtige Taktik, die der RGO, der KP, der Arbeiterklasse nützt, der proletarischen Revolution dient. Das ist die leninische Taktik.

Vorwärts zur Taktik Lenins! Vorwärts zum Sieg der Grünbacher Kumpels!

Gegen Arbeitslosigkeit, gegen Lohnabbau, Massenkampf!

«Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, das ist die große Aufgabe in dieser Zeit der Krise», sagt die Sozialdemokratie. Sie hat recht. 600.000 Arbeitslose in Oesterreich, mehr als 100.000 ausgesteuert, vor dem Nichts stehend, gekürzte Unterstützungen, Massenaussteuerungen und weitere Entlassungen, das ist die Lage.

«Gebt uns Arbeit», fordern die Arbeitslosen. «Schafft Arbeit, schützt uns vor der drohenden Entlassung», verlangen die noch im Betrieb Stehenden. «Arbeitsbeschaffung», mit die Sozialdemokratie «Ankurbelung der Wirtschaft», schreit die Bourgeoisie. Alle, alle verlangen Arbeitsbeschaffung, alle verlangen dasselbe. Ist es wirklich dasselbe?

Die Bourgeoisie schafft die Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten sind an der Wirtschaft nur solange interessiert, solange sie Profit abwirft. Schrumpfen die Profitmöglichkeiten, drosseln die Kapitalisten die Betriebe, schaffen Arbeitslosigkeit, intensivieren, rationalisieren, drücken mit dem Hebel der Arbeitslosigkeit die Löhne, senken den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse, wälzen die Folgen der kapitalistischen Krise auf das Proletariat ab. Die Arbeitslosigkeit, von der Bourgeoisie geschaffen, ist zugleich eine ihrer wirtschaftlichen Hauptwaffen zur Überwindung der Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterklasse. Im Munde der Bourgeoisie ist der Ruf nach Arbeitsbeschaffung der Ruf — nach Profitbeschaffung. Die Bourgeoisie, die bürgerlichen Parteien verstehen unter «Arbeitsbeschaffung» nicht die Schaffung von Arbeit für die 600.000 Arbeitslosen, sondern die Schaffung neuer Profit-, neuer Ausbeutungsmöglichkeiten.

Auch die Faschisten schreien: «Arbeitsbeschaffung!» Im Munde der Nazis und der Heimwehr, die von der Bourgeoisie dafür bezahlt werden, ist das nur eine demagogische Phrase, mit deren Hilfe sie die verzweifeltsten, verelendeten Schichten der Werktätigen gewinnen wollen, um sie gegen das Proletariat auszuspielen. Gerade dort, wo die Arbeitslosen, die Arbeiter sich gegen die Folgen der Krise zur Wehr setzen, fallen sie diesen in den Rücken und halten sie, in gemeinsamer Aktion mit dem kapitalistischen Staatsapparat, durch blutigem Terror nieder, um der Bourgeoisie die Profitwirtschaft zu sichern.

Aber die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, kämpft sie nicht wirklich im Nationalrat für die Arbeitslosen, für Arbeitsbeschaffung? «Man sagt uns, das Geld für öffentliche Arbeiten und Bestellungen sei nicht aufzubringen. Ist es wirklich so?», ruft sie dem Parlament zu, und verlangt eine «innere Anleihe». «Woran es fehlt, das ist nicht die Möglichkeit der Geldbeschaffung, sondern das ist der Wille, der Mut, die Tatkraft zu einer schöpferischen,

konstruktiven Wirtschaftspolitik.» («A.-Z.», 23. Dezember.) Die «A.-Z.» meint also, daß die bürgerlichen Parteien für die Arbeitslosen nichts machen wollen (die «A.-Z.» hat da vollständig recht), nur die SP kämpfe für Arbeitsbeschaffung.

Wenn es der Sozialdemokratie um Ihren «Kampf» wirklich ernst wäre, müßte sie die Massen zum außerparlamentarischen Kampf mobilisieren gegen die Entlassungen, gegen die Richtlinien, gegen das Aussteuern, gegen das Unterstützungen kürzen, gegen den Lohnraub, für die Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Bourgeoisie! Indem die SP es unterläßt, die außerparlamentarische Massenaktion für die Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Bourgeoisie zu mobilisieren, wird ihr bloß parlamentarischer Kampf für die Beschaffung von Arbeit eine Phrase, ein Schwindel, der der Bourgeoisie nicht weh tut, die Beschäftigten und insbesondere die Arbeitslosen mit illusionären Hoffnungen hinhält, vom wirklichen Kampfe abhält und so der Bourgeoisie erleichtert das Überwinden der Krise auf kapitalistische Art vorzutreiben, das heißt auf Kosten der Massen.

Von den Kapitalisten haben die Arbeitslosen nichts zu erhoffen. Eine kärgliche Unterstützung aus den Löhnen der Beschäftigten und die Bettelaktion zu Weihnachten, das ist die Hilfe der Bourgeoisie für die Arbeitslosen. «Unterstützung des Schmarrotzertums» ist den Faschisten die Arbeitslosenfürsorge. Die SP brüstet sich mit ihren «Erfolgen»: «2400 Unterstützungen wurden erhöht... 3000 bis 4000 bekommen wieder Unterstützung!» («A.-Z.», 23. Dezember.) Ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Entlassungen bleiben, die 28. November mit ihren Richtlinien bleibt, der Lohnraub geht weiter, so schaut es in Wahrheit aus mit den sozialdemokratischen «Erfolgen».

Die kleinen erfolgreichen Kämpfe der Arbeitslosen an verschiedenen Orten, ausgelöst durch die Initiative der Kommunisten, zeigen allen Arbeitslosen, allen Arbeitern den Weg. Sie zeigen, was zu erreichen wäre, wenn wirklich die ganz großen Massen der Arbeitslosen und der Beschäftigten mobilisiert würden gegen Aussteuerungen, gegen Entlassungen, gegen die Richtlinien, gegen Lohnabbau, für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm! Mittel für ein solches sind genug vorhanden. Selbst die SP wagt das nicht mehr so wie früher abzuleugnen. Beschlagnahme des Vermögens aller Rothschild-Verbrecher! Beschlagnahme des Kirchenvermögens! So ist die Kluff zu überbrücken zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, nur so ist ihnen beiden zu helfen. Denn der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist zugleich Kampf um höheren Lohn.

Nur die Kommunistische Partei will ernstlich den außerparlamentarischen Massenkampf. Allein die Tatsachen zeigen, daß sie

mit ihrer Politik nicht imstande ist, wirklich die großen Massen in Bewegung zu setzen. Sie erzielt da und dort kleine Erfolge, gute Beispiele, die für sich allein jedoch nicht genügen, die breiten Massen in Schwung zu bringen. Nur indem die KP übergeht von der grundfalschen Stalinschen Taktik der «roten» Einheitsfront zur Leninschen Einheitsfronttaktik von unten und oben, öffnet sie den Massen den Weg zur massenhaften Kampfeinheitsfront, zum proletarischen Vormarsch und sich selbst den Weg zu den Massen.

Phrase und Wirklichkeit

Macht-Plan-Jugend! So klingt es am Neujahrstag aus dem sozialdemokratischen Blattwald. Phrase, nichts als Phrase. Zu gleicher Zeit wird seelenruhig im niederösterreichischen Landtag um den Koalitionsvertrag zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten gepackelt, mit der Perspektive der Koalition auch im Bundesamtsrat. Die Sozialdemokratie in der Regierung wird zeigen, daß die sozialdemokratische Macht im Dienste des Kapitalismus. Selbst die sozialdemokratische Alleinregierung wird das zeigen. 1918/20 hat die SP es schon bewiesen. Damals vermochte sie sich dank der jugendlichen Unerfahrenheit der KP im großen und ganzen heil aus der Verratsposition der Koalitionsregierung zurückzuziehen auf die schwerer durchsichtige Verratsposition des Zusammenwirkens mit der Bourgeoisie aus der «Opposition» heraus. Ein zweites Mal wird dieser Prozeß den Kopf, richtiger die Massen, kosten, wenn ihr gegenübersteht wird die gesunde KP.

Gefährlicher Trost

Daß die Bourgeoisie ihren Angriff auf die Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern verstärkt vorwärts trägt, gibt der Stalinismus zu. Er tröstet sich, daß auch die Kampfkräfte der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Parteien zu wachsen begonnen habe. Diese Tatsache ist richtig und sehr erfreulich, und doch ist der stalinistische Trost sehr, sehr gefährlich. Denn nicht auf das Anwachsen der Klassenkraft an sich kommt es an, sondern auf das Kräfteverhältnis, auf die Richtung, in der sich das Verhältnis der Klassenkräfte verschiebt. Nehmen wir Deutschland, wo sich die Dinge am gefährlichsten zuspitzen. Der Nationalsozialismus ist in Zersetzung, der Masseneinfluß der KP steigt an, aber noch schneller wächst die Klassenkraft der deutschen Bourgeoisie, die gerade an der Fusion der gesamt-kapitalistischen Kräfte arbeitet. Die stalinische Politik tröstet sich mit dem Wachsen der proletarischen Kraft an sich. Die revolutionäre Politik verlangt etwas ganz anderes. Sie verlangt die Verschlebung des Kräfteverhältnisses nicht bloß zwischen NSDAP und KP, nicht bloß zwischen SPD und KPD, sondern auch und vor allem zwischen Bourgeoisie und Proletariat zum Vorteil der Arbeiterklasse. Darauf kommt es an! Das zu leisten jedoch ist der Stalinismus nicht imstande. Denn, um das Kräfteverhältnis zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse zu verschleben, dazu ist Grundvoraussetzung die Millionemasse der sozialdemokratischen Arbeiter überzuleiten auf die Linie der Einheitsfront des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit, für die Arbeitslosen, gegen den Lohnabbau, für die Verteidigung der Arbeiterrechte, gegen den Faschismus. Das aber ist zu erzielen nur mit der leninschen Einheitsfronttaktik, mit der leninschen Politik.

Lausa

Der italienische Imperialismus droht dem französischen Imperialismus in Oesterreich, in Europa den Rang abzulaufen. Nicht um der Demokratie willen, sondern um ihre imperialistische Position in Oesterreich zu verstärken, hat die französische Bourgeoisie den Lausanner Kredit bewilligt, der übrigens in der Hauptsache nur dazu dient, die österreichische Bourgeoisie instand zu setzen, die Auslandszinsen zu bezahlen. Diese imperialistischen Gründe haben die französische SP bestimmt, für den Lausanner Kredit zu stimmen. Um das zu hemänteln, sucht die österreichische SP, die Illusion unter den Arbeitern zu verbreiten, Frankreich sei für die Demokratie, Italien für die Konterrevolution. In Wirklichkeit sind sie beide für die Versklavung Oesterreichs, für die Konterrevolution in Oesterreich, nur

wünscht Frankreich eine französisch orientierte und Italien eine italienisch orientierte Konterrevolution. Mit Recht hat daher — die «AZ» verschweigt das — die französische KP gegen den Lausanner Kredit gestimmt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die KP gegen jede Konterrevolution, gegen jede Versklavung kämpft. Allerdings kam die KP Frankreichs dadurch in einen Widerspruch zu Stalins Antikriegspakt, der bekanntlich eben jetzt der französischen Sklavenherrschaft in den Kolonien die Unantastbarkeit zugesichert.

Bauernrebellion

Die Rebellion der Bauern in Vorau zeigt, wie sehr die kapitalistische Ausplünderung die Not der breiten Massen außerordentlich gesteigert hat, auch im Dorf, selbst der Kleinbauern und sogar der kleinen Mittelbauern. Die Vorauer Bauern rebellierten aus Not. Allein sie rebellierten nicht gegen die Banken, nicht gegen die Großkapitalisten, nicht gegen die Großgrundbesitzer und Großbauern, sondern — gegen die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Daß die Bauernknechte von Vorau, in diesem Gebiete noch immer bar jeder Erfahrung im proletarischen Klassenkampf, aus begreiflicher Empörung über die schamlich niedrigen Leistungen der Krankenkasse mit den Bauern zusammen rebellierten, darf nicht darüber täuschen, daß die Bauernrebellion in ihrem unmittelbaren Ziel gerichtet war gegen proletarische Interessen und nicht gegen die Bourgeoisie. Dennoch ist die Bourgeoisie sehr besorgt, weil sie sehr genau weiß, daß den wirklichen Anstoß der Bauernrebellion gegeben hat die durch die kapitalistische Offensive herbeigeführte Massennot und daß diese Not die Bauernmassen schließlich gegen die Bourgeoisie wenden wird, wenn es die Kommunistische Partei versteht, eine richtige Politik des Bündnisses der Arbeiter und Bauern zu treiben. Revolutionäre Propaganda unter den Bauern kann manches leisten, besonders wenn sie richtig ist, was man von der Stalinistischen Bauernpropaganda selten sagen kann. Aber während der Kampf für die Bauernmassen, die notleidenden Massen in den Dörfern wirklich zum Kampf mobilisieren gegen die Bourgeoisie, das kann nur proletarische Macht, die den Dorfmassen den Weg aus der Not zeigt. Die Bauern zu gewinnen ohne die Arbeitermassen, ist eine echt stalinistische Illusion. Wirklichen Einfluß auf die Bauernmassen kann die Kommunistische Partei erst auszuüben beginnen, bis sie wirklich große Arbeitermassen beeinflusst, führt. Der Weg zu den notleidenden Massen der Dörfer öffnet sich der Kommunistischen Partei nur auf dem Weg der Eroberung der Arbeitermassen, also nur durch leninsche Einheitsfronttaktik, leninsche Politik.

Vanderveldes Nichtangriffspakt

Die Sozialdemokratie nützt die Stalinpolitik weidlich aus. Vor einigen Wochen hat der «Pazifist» Herriot mit Stalin einen Nichtangriffspakt abgeschlossen, d. h. die Bourgeoisie Frankreichs nützt den Stalinismus aus für den französischen Imperialismus, z. B. zur besseren Sicherung der französischen Kolonialherrschaft. Die Stalinburokratie bucht das als «diplomatischen Sieg», als «bedeutenden Erfolg der Friedenspolitik der SU», d. h. der zentralistischen Bürokratie. Wohlweislich hat die «Rote Fahne» den Arbeitern und Kommunisten bis heute den Text, den Inhalt des «diplomatischen Sieges» vorenthalten! Auch die Sozialdemokratie, die das demokratische Kleinbürgertum repräsentiert, das sich auf breite Arbeitermassen stützt, sucht nun Nutzen für sich aus dem Stalinischen Nichtangriffspakt zu ziehen. Sie schlägt einen Nichtangriffspakt zwischen Stalin und Vandervelde vor, das heißt zwischen der III. und II. Internationale. Was ist der Zweck dieses Manövers? Die Vandervelde und Co. treten vor die sozialdemokratischen Arbeiter und sagen: «Mit Herriot, mit den französischen Kapitalisten, schließt Stalin Nichtangriffspakt, Einheitsfront. Mit uns, der Sozialdemokratie, lehnt er Nichtangriffspakt, Einheitsfront ab. Ihr seht also, wer die Einheitsfront nicht will! Die Sozialdemokratie, die die proletarische Kampfeinheitsfront in Wirklichkeit gar nicht will, kommt durch Stalins Nichtangriffspakt

in die großartige Lage, ihre Verräterrolle vor den Arbeitern zu verdecken und die Schuld an dem Nichtzustandekommen der Einheitsfront zu schieben — auf die kommunistische Politik.

Völkerbund und SP

Als die Bourgeoisien Frankreichs und Englands nach dem Weltkrieg den «Völkerbund» schufen als Instrument zur besseren Tarnung ihrer imperialistischen Räuberpolitik in der «friedlichen» Nachkriegsepoche, räumten sie ein paar warme Plätze in Genf der reformistischen Burokratie ein, die dort ihre kleinbürgerliche verräterische Zusammenarbeitspolitik im internationalen Maßstab fortsetzte. Jahrelang züchteten die reformistischen Verräter in Millionen Arbeiterköpfen die schönsten Illusionen über den «Völkerbund, den die Arbeiter» das heißt, die reformistische Burokratie, in die Hand bekommen müßten, um aus ihm, weiß der Teufel, was alles zu machen. Nun platzt auch dieser Schwindel der Sozialdemokratie. Die Verschönerung der Gegensätze unter den imperialistischen Räubern enthüllt immer mehr den räuberischen Charakter auch des «Völkerbundes» vor den Massen. Die Sozialdemokratie (AZ vom 25. Dezember) beginnt daher, von den Illusionen, die sie selbst jahrelang in die Massen getragen hat, abzurücken. Aber auch hier nur mit einem Hintertüchlein, das sie sich vorsichtigerweise offen läßt, um später wieder einmal den ganzen Schwindel aufs neue offen mitmachen zu können. «Sie (die Sozialdemokratie, denn die reformistische Burokratie identifiziert sich einfach mit der Arbeiter-

klasse, D. R.) erkennt, daß die Fortschritte in der Organisation des Friedens, die in guten Zeiten durch die Zusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie erreicht werden konnten, in den Stürmen der Krise wieder verlorengehen.» (AZ vom 25. Dezember.) Also wartet die Sozialdemokratie wieder auf «gutes» Zeiten, d. h. auf die kapitalistische Konjunktur, um dann wieder frisch und fröhlich in Zusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie auch im Völkerbund die Arbeiter auf neue zu betrogen.

Wie es nun ein überragendes der Sozialdemokratie mit diesem Abschleudern vom «Völkerbund» ist, zeigt dieselbe AZ vom 25. Dezember deutlich genug. Vorne, groß aufgemacht, rechnet sie heuchlerisch ab mit «einer der Möglichkeiten der Völkerbundpolitik überschätzenden Auffassung innerhalb der Arbeiterbewegungen» — und ganz rückwärts fordert sie die Arbeitszeitverkürzung, die niemand anderer herbeiführen soll als eine internationale Arbeitskonferenz, veranstaltet vom Internationalen Arbeitsamt, einer Abteilung desselben Völkerbundes, von dem sie auf Seite 2 derselben AZ vom 25. Dezember Abschied nimmt!

Nicht immer ist dieses rasche Wechseln des Standpunktes der Sozialdemokratie so leicht sichtbar. Tatsache ist, daß sie jetzt immer öfter ihre Ansichten, Perspektiven ändert, anpaßt, alte Illusionen begräbt, neue ans Licht bringt, um sie morgen als abgetan und als ob sie nie etwas damit zu tun gehabt hätte, liquidiert. Das ist beim raschen Gang der Dinge durchaus begreiflich. Der morgige Tag zerstört dem demokratischen Kleinbürgertum die Illusionen von heute, und, um seinen Einfluß auf die Arbeiter nicht zu verlieren, leugnet es rasch die Vaterschaft und produziert — neue Illusionen.

Der Krieg im Osten

Die Mandschurei haben die japanischen Räuber verschluckt. Während noch in Genf beim Völkerbund Formeln gedreht werden, setzt Japan seinen räuberischen Vormarsch nunmehr gegen Nordchina fort. Diesmal will der japanische Imperialismus die Provinz Jehol verschlucken, vielleicht gar Peking. Das gewaltige Kriegsrüstungsprogramm der Regierung in Tokio zeigt, daß die japanischen Banditen einen großen Raubzug vorhaben. Kein Zweifel, daß durch den Angriff auf China Sowjetrußlands Position bedroht wird.

Als vor mehr als einem Jahr die Aktion Japans gegen die Mandschurei begann, schrieben wir in Nr. 89 der «Arbeiterstimme» (Anfang Dezember 1931) unter der Überschrift «Für das proletarische Vaterland! Gegen den Stalinismus!»: «Was muß die Sowjetmacht jetzt im Augenblick tun? Mit welcher Politik soll sie heute der imperialistischen Kriegsdrohung entgegen treten? Die revolutionäre Politik muß sich richten nach den realen Machtverhältnissen. Unter Lenin und Trotzki wäre die Lösung gewesen: revolutionärer Krieg gegen die imperialistischen Banditen. Allein seit Lenins Tod sind 9 Jahre stalinistischer Politik über das proletarische Vaterland gegangen. Da nun einmal durch die verbrecherische Schuld der Stalinpolitik die Sowjetmacht auf den heutigen Punkt gekommen ist, so bleibt heute nur übrig die Politik zu machen, die den heutigen Machtverhältnissen entspricht: Trachten, den Frieden zu erhalten, wenn und soweit es nötig ist, Kompromisse schließen, all dies offen den Arbeitern sagen, offen den Arbeitern die Wahrheit sagen über die wirkliche Lage in Sowjetrußland und sie aufrufen, sich überall zusammenzuschließen zur Einheitsfront des Kampfes gegen die imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Revolution...»

«Die Kräfteverhältnisse der Klassen zugunsten der Arbeiter verschleben im russischen Maßstab, im Weltmaßstab und dadurch die Macht des proletarischen Vaterlandes stärken, das ist es, worauf es ankommt. Dazu ist notwendig schleunigstes Aufgeben der Politik des «Sozialismus in einem Lande», die dem russischen Aufbau alles unterordnet, auch die Weltrevolution. Dazu ist notwendig schleunigsten Übergang zur Linie der Oktoberrevolution, zur Linie des revolutionären Internationalismus. Aufbau, ja! Aber Aufbau im Einklang und untergeordnet den Interessen der Weltrevolution. So werden die kommunistischen Parteien befähigt werden, das herzustellen, was zur wirksamen Verteidigung des proletarischen Vaterlandes unumgänglich notwendig ist: die Einheitsfront des Kampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetmacht, für die Weltrevolution...»

Anlaßlich des Bombardements von Shanghai und der Bedrohung Charbins schrieben wir dann im Februar 1932 (Nr. 94): «Sowjetrußland ist in einer überaus schwierigen, gefährlichen Lage. Es ist selbstverständlich, daß es im Osten trotz aller japanischer Provokationen zurückhaltend, vorsichtig, klug operieren muß. Nachdem einmal Sowjetrußland durch neunjährige stalinistische Politik zu diesem Zustand der Schwäche hinuntergebracht worden ist, bei diesem durch die verbrecherischen Schuld des Stalinismus herbeigeführten Zustand Sowjetrußlands, kann der proletarische Staat im Osten keine andere Politik machen. Aber die Tatsache allein, daß dieser ungeheuerlich freche Vorstoß der japanischen Banditen gegen die Sowjetmacht überhaupt möglich ist, zeigt, wie sehr wir recht hatten, als wir immer wieder schrieben: der stalin-

istische Aufbau ist eine große Sache, aber machtpolitisch wird durch die stalinische Gesamtpolitik die Arbeiterklasse, die Sowjetmacht als proletarische Macht geschwächt. Wie sich jetzt kraß zeigt, auch als nationale Macht geschwächt. Sogar als russisch-nationalistische Politik, die wir prinzipiell verwerten, macht die stalinistische Politik bankrott.

Mit seinem Linwinow hat Stalin an dem pazifistischen Schwindel des Völkerbundes und seiner Pakte wacker mitgeholfen und hilft noch heute daran mit. Diese ganzen «Nichtangriffspakte» mit Frankreich, Polen, Finnland usw., binden sie etwa Frankreich und seinem Vasallen die Hände? Hat der «Kriegsächtingpakt» Japan die Hände gebunden und ist nicht Frankreich in direktem Bündnis mit dem kriegführenden Japan? In Wirklichkeit hatten und haben diese stalinistischen «Nichtangriffspakte» keine andere Wirkung, als die Massen nach gut sozialdemokratisch-pazifistischer Art einzulullen.

Wenn Lenin könnte, er würde mit einem Knüttel aus dem Grabe den stalinistischen Pazifisten gründlich den Hintern klopfen.

Der Schwerpunkt der gesamten Lage für die Sowjetmacht liegt nicht im Osten, auch nicht im russischen Aufbau, sondern liegt — in Deutschland. Den Aufbau mit äußerster Kraft vorwärts, sich in keinen ersten Konflikt einlassen, weder im Osten noch im Westen, selbst wenn es große Opfer fordert, das ist die stalinistische Linie. So operiert er die chinesische und deutsche Revolution. Im besten Falle würde Sowjetrußland so eine gewisse, nicht allzu lange Atempause gewinnen, doch nachher stünde Sowjetrußland zwar mit etwas mehr Giganten allein vollkommen isoliert dem ganzen Weltimperialismus gegenüber.

Die Lage der Weltarbeiterklasse, die Lage der Sowjetmacht fordert mit eisernem Gebot den sofortigen Übergang zu einer grundsätzlich anderen, zu internationaler, zu revolutionärer Strategie, und zwar zur Strategie der revolutionären Offensive im Osten zurückhaltend, den Aufbau kräftig fortsetzen, doch das Schwerk Gewicht der Gesamtkraft nach Deutschland legen! sofortige Offensive der KPD mittels Anwendung der leninschen Einheitsfronttaktik zur Erwinigung der Arbeiter-Einheitsfront zur Niederkämpfung des unmittelbar heranrollenden faschistischen Staatsreichs und vorwärts zur roten Einheitsfront zur Zerschmetterung des Faschismus! So und nur so kann die französisch-japanische Zange zerbrochen, so und nur so kann die Sowjetmacht erfolgreich verteidigt, so und nur so kann gesichert werden der Aufbau der Sowjetwirtschaft und der Vormarsch der Weltrevolution! Die Voraussetzung für all das lautet: Überwindung des Stalinismus, Übergang von der Politik des «Sozialismus in einem Lande» zur Politik der internationalen Revolution.

Was hat sich seit der Zeit geändert? Sehr viel. Die Weltwirtschaftskrise tobte ein Jahr verschärft weiter. Aber auch der Stalinismus hat sich ein weiteres Jahr ausgetobt. Mit der Wirkung, daß heute die Lage Sowjetrußlands noch viel schwieriger ist als vor einem Jahr. Vor allem spitzt sich die innerrussische Lage außerordentlich zu. Und auch außenpolitisch wurde die Sowjetmacht durch den Stalinismus weiter geschwächt. Denn all die schönen Stalinschen «Nichtangriffspakte» bedeuten real nicht die geringste außerpolitische Verstärkung der Sowjetunion. Im Gegenteil, durch die Illusionen, die sie in der Arbeiterschaft und selbst bei vielen ehrlichen Kommunisten hervorrufen, wirken sie schwächend. Dasselbe gilt von dem unter der Flagge linksbürgerlicher Pazifisten aufgezogenen «Antikriegskongreß» Stalins in Amsterdam, der seine hohlen Fanfaronaden nunmehr in Paris fortsetzt. Der linksbürgerliche Pazifist

General von Schönaich auf dem «revolutionären» Antikriegskongreß Stalins! So schaut Stalins Kampf gegen den imperialistischen Krieg aus, so seine «revolutionäre» Politik. Nicht gestärkt, sondern geschwächt wird dadurch die Sowjetmacht, das Weltproletariat.

Die Linie, die wir vor mehr als einem Jahr gezogen haben, anlässlich des japanischen Raubzuges gegen die Mandchurei, behält daher dem Wesen nach auch heute angesichts des räuberischen Vormarsches Japans gegen Jehol volle Geltung. Auch heute liegt der weltpolitische Schwerpunkt in Deutschland. Auch heute kommt es zur Verteidigung der Sowjetmacht, zum Verteidigen der chinesischen Revolution, zum Vortragen der Weltrevolution vor allem darauf an, die Millionenmassen der Arbeiter in der Welt zu mobilisieren, und zwar insbesondere in Deutschland. Gerade die Erfahrung des verflochtenen Jahres hat gezeigt, daß man mit der Stalinschen Politik im besten Falle einen unzulänglichen Teil der Arbeiter gewinnen kann, was an der grundlegenden Tatsache des Vormarsches der kapitalistischen Offensive nichts ändert. Gerade die Erfahrung des verflochtenen Jahres bestätigt die positive Lösung der Linksoption: Übergang zur Leninschen Einheitsfronttaktik, zur Leninschen Politik!

Wer ist schuld?

Den Weltkrieg herbeigeführt hat die Bourgeoisie. Statt dem imperialistischen Krieg entgegenzuarbeiten, hat ihn die Sozialdemokratie unterstützt. Das war Verrat. Ein Gelächter würde sich erheben, wenn die SP versuchte, sich damit auszurenen, die Bourgeoisie habe der SP dieses verräterische Verhalten aufzuzwingen. Genau dieser Argumentation jedoch bedient sich die Sozialdemokratie, um ihren Verrat an der aus dem Weltkrieg entstandenen Revolution zu bemängeln. «Das System von Versailles zwingt Europa die Restauration des Kapitalismus auf, da wir nichts zu machen, verkündet die AZ am Neujahrstag. Mit Verlaub, ihr sozialdemokratischen Heiden: In dem die Bourgeoisie gegen die Weltrevolution kämpfte, war sie auf ihrer, auf der kapitalistischen Linie. Aber ihr, die ihr die SP als proletarische, sogar als proletarisch-revolutionäre Partei ausbeut, eure Pflicht wäre es gewesen, die SP für die proletarische Revolution einzusetzen. Statt dessen habt ihr überall der Bourgeoisie geholfen, die Arbeiterrevolution abzuwenden. Ihr habt den Kapitalisten geholfen gegen die Arbeiter — das tut ihr auch heute — darum seid ihr schuld, darum seid ihr Verräter!

Rückzug ist notwendig

Ebene wie stalinistisch eingestellte, verteidigen auch ehrliche linkssozialdemokratische Arbeiter den Stalinismus in folgendermaßen: Als der Niedergang der weltrevolutionären Welle unverkennbar wurde, blieb keine andere Möglichkeit als der Rückzug. Darum habe Stalin recht gehandelt, sich auf Rußland zurückzuziehen, zum «Aufbau des Sozialismus in einem Lande», um — bis er genügend aufgebaut — wieder zur Politik der Weltrevolution überzugehen.

War der Rückzug notwendig? Ja! Aber nicht der stalinische, sondern der leninsche Rückzug. Lenins Rückzug hatte folgenden Inhalt: die proletarische Diktatur in Rußland behaupten; den wirtschaftlichen Aufbau in Rußland in der Richtung zum Sozialismus im Einklang mit den wirklichen Kräften vorwärtsführen; von der strategischen Endosung «Eroberung der Macht in den kapitalistischen Ländern» sich zurückziehen zu der strategischen Übergangslösung «Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht» und auf die Eroberung der Massen der Weltarbeiterschaft die Hauptkraft der kommunistischen Internationale, der kommunistischen Parteien werben. Als taktisches Hausmittel hierzu gab er die leninsche Taktik der Einheitsfront.

Der stalinische Rückzug ist das Verlassen der leninschen Linie überhaupt, ist der Übergang von der Linie des revolutionären Internationalismus zur Linie des Nationalkommunismus. Der Stalinismus bedeutet das Verlassen der Linie der Weltrevolution überhaupt. Die nationalstalinische Linie Stalins ist es, die die KI, die die kommunistischen Parteien hindert, die Arbeitermassen für die Revolution zu gewinnen, und gerade dadurch untergräbt sie letzten Endes auch die proletarische Position Rußlands.

Auf der stalinischen Rückzugslinie führt der Weg für die Sowjetmacht, für die Arbeiterklasse nur in den Abgrund. Nur auf der leninschen Rückzugslinie führt der Weg wieder zum revolutionären Vormarsch.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus.

Bildungsabend: Montag, 9. Jänner, im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, abends 7/8 Uhr.

15. Jänner: Zusammenkunft Endstation Neuwaldweg, 14 Uhr. Treffpunkt 15 Uhr Schottenhof.

22. Jänner: Zusammenkunft Endstation Neuwaldweg, 14 Uhr. Treffpunkt 16 Uhr Weberhütte.

Sowjetwirtschaft in Gefahr!

Vor dem zweiten Fünfjahresplan

Von L. Trotzki

(Fortsetzung)
Die schlechte Qualität der Materialien und Einrichtungen tritt besonders grell im Kapitalaufbau in Erscheinung. «Das Tafelblech zum Dachdecken ist von einer soch erbärmlichen Qualität — schreibt die «Prawda», — «daß es bei der großen Behinderung in Stücke geht.» Die himmelschreiende Rückständigkeit auf dem Gebiete des Kapitalaufbaues untergräbt automatisch die Grundlagen des zweiten Fünfjahresplans.

Die Disproportionen im Innern und der Weltmarkt
Das Problem des gegenseitigen Verhältnisses der Elemente der Produktions- und der Wirtschaftszweige bildet die eigentliche Seele der sozialistischen Ökonomie. Die zur Lösung dieses Problems führenden verschlungenen Wege sind auf keiner Karte eingetragen. Sie zu entdecken, richtiger sie zu legen, ist ein sich lang hinziehendes und schweres Werk.

Die gesamte Industrie stöhnt infolge des Mangels an Ersatzteilen. Werkstoffe stehen still, weil ein Bolzen fehlt. «Das Sortiment der hergestellten Waren», schreibt «Ökonomischeskaja schisna» über die Massenbedarfsartikel, «ist ein zufälliges und entspricht nicht ... der Nachfrage.»

«Eine Milliarde Rubel sind allein im Verlaufe der ersten Hälfte des Jahres 1932 in der (schweren) Industrie festgelegt, in Vorräten an Materialien, in unfertiger Produktion und auch in fertigen Erzeugnissen in den Fabriklagern.» («Ökonom. schisna», 12. September.) So drücken sich gewisse Disproportionen und Nichtübereinstimmungen nach offizieller Schätzung in Geld aus.

Die großen und kleinen Disproportionen machen es notwendig, sich an den internationalen Markt zu wenden. Eine eingeführte Ware zu einem Tschernowez kann der einheimischen Produktion über den hohen Punkt hinweghelfen mit einem Effekt von Hunderten und Tausenden von Tschernowez. Die totale Zunahme der Wirtschaft einerseits, das Entstehen neuer Bedürfnisse und neuer Disproportionen andererseits, erhöhen unabdingbar die Notwendigkeit der Verbindung mit der Weltwirtschaft. Das Programm dieser «unabhängigen», das heißt sich selbst genügenden Sowjetwirtschaft enthält je länger je mehr seinen reaktionärutopischen Charakter. Die Autarkie ist das Ideal Hitlers, nicht das von Marx und nicht das von Lenin.

So ist die Einfuhr von Rohstoffen seit Beginn des Fünfjahresplan der Menge nach um das Fünffache, dem Wert nach um das Vierfache gestiegen. Wenn sich im laufenden Jahre dieser Teil der Einfuhr verringert, so nur aus Valutagründen. Dafür hat die Einfuhr an Maschinen überaus stark zugenommen.

Kaganowitsch behauptete in einer Rede am 8. Oktober, daß die Opposition, die linke sowohl wie die rechte, uns vorschlägt, unsere Abhängigkeit von der kapitalistischen Welt zu verstärken. Als ob es sich um irgendeinen künstlichen und freiwilligen Schritt handelte, nicht aber um die automatische Logik des wirklichen Wachstums!

In der gleichen Zeit zitiert die Sowjetpresse lobend ein Interview von Sokolnikow am Abend vor seiner Abreise aus London: «In England verbreitet sich immer mehr die Anerkennung der Tatsache, daß ein in industrieller und technischer Beziehung fortgeschrittener Sowjetstaat für die industrielle Produktion Englands einen aufnahmefähigeren Markt darstellt. Das Merkmal für den wirtschaftlichen Fortschritt der Sowjetunion sieht Sokolnikow nicht in einem Nachlassen, sondern in einer Zunahme der Verbindungen mit dem äußeren Markt, folglich auch in der erhöhten Abhängigkeit von der Weltwirtschaft. Handelt der frühere Oppositionär Sokolnikow nicht mit «trotzkistischer Schmutzrede»? Aber warum deckt ihn dann die offizielle Presse?»

Die Lage der Arbeiter

Stalins Rede (im Juli 1931) mit den rettenden «Sechs Bedingungen» richtet sich gegen die schlechte Qualität der Produktion, die hohen Selbstkosten, die Fluktuation der Arbeiterschaft, den hohen Prozentsatz des Ausschusses usw. Seit jener Zeit ist kein Artikel ohne Bezugnahme auf die «geschichtliche Rede» erschienen. Unterdessen haben sich alle jene Krankheiten, die durch die sechs Bedingungen geheilt werden sollten, vertieft und einen noch bösartigeren Charakter angenommen.

Der Bankrott der stalinischen Rezeptur wird von der offiziellen Presse tagaus tagein bezeugt. Zur Erklärung des Sinkens der Produktion weist die «Prawda» auf die «Verminderung der Arbeitskräfte in den Fabriken, die erhöhte Fluktuation, das Nachlassen der Arbeitsdisziplin» hin (23. September). Die Zeitung «Für die Industrialisierung» führt an Gründen der überaus niedrigen Produktivität des Krabnauer Kombinats außer dem himmelschreienden Mißverhältnis zwischen den einzelnen Teilen des Kombinats an: 1. «Die kolossale Fluktuation der Arbeiter»; 2. «die engstirnige Lohnpolitik»; 3. «das Nichtversorgen (der Bergarbeiter) mit einigermaßen erträglichen Wohnungen»; 4. «die miserable Ernährung der Arbeiter»; 5. «das katastrophale Nachlassen der Arbeitsdisziplin». Wir zitieren wörtlich. In bezug auf die Fluktuation, die alle Grenzen überschritten hat, schreibt die gleiche Zeitung: «Die Versorgung (der Arbeiter) mit dem alltäglichen Bedarf ist in allen Betrieben der Industrie der farbigen Metalle ohne Ausnahme abscheulich.»

In den Lokomotiv-Werkstätten, die der Wirtschaft in den ersten drei Quartalen dieses Jahres ungefähr 250 Lokomotiven zu wenig geliefert haben, wird ein «scharfer Mangel an qualifizierten Arbeitern beobachtet. Allein aus dem Kolossalen Werk gingen im Sommer mehr

als 2000 Arbeiter weg. Die Gründe? «Die schlechte Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf.» In der Fabrik in Sornowsk ist «die Fabrikstätte — eine Garküche schlimmster Sorte» («Für die Industrialisierung», 28. September). In dem privilegierten Traktorenwerk in Stalingrad «hat sich die Arbeit der Fabrikküche kraß verschlechtert.» («Prawda», 21. September.) Welchen Grad mußte die Unzufriedenheit der Arbeiter erreicht haben, bis alle diese Tatsachen ihren Weg bis in die Spalten der stalinischen Presse gefunden haben?

In der Textilindustrie steht es selbstredend nicht besser. «Allein im Gebiet von Iwanowsk, teilt «Ekon. schisna» mit, «gingen ungefähr 35.000 qualifizierte Weber aus den Betrieben fort.» Nach den Worten der gleichen Zeitung stößt man im Lande auf Unternehmen, in denen mehr als 60 Prozent der Belegschaft monatlich wechseln. «Die Fabrik wird zum Durchgangshof.»

Lange hat man sich zur Erklärung des völligen Bankrotts der «sechs Bedingungen» auf bloße Anlagen an die Adresse der Wirtschaftler und der Arbeiter selbst beschränkt: «Man versteht nichts», «man will nichts», «man gibt sich mit dem Erreichten zufrieden» usw. In den letzten Monaten jedoch nennen die Zeitungen immer öfter, wenn auch heimlich, die wirkliche Wurzel des Übels: die unerträglich schweren Existenzbedingungen der Arbeiter.

Rakowsky wies vor mehr als zwei Jahren auf diese Ursache der Ursachen hin: «Die Bummellei nimmt zu, die Arbeitsdisziplin sinkt, die Zahl der Arbeiter mußte so erhöht werden, schrieb er, weil der Arbeiter nicht imstande ist, die für ihn unerträgliche Belastung auszuhalten.»

Aber warum denn sind die Lebensbedingungen schlecht? Die Zeitungen berufen sich zur Erklärung auf das «geringschätzige (!) Verhalten gegenüber den Fragen des täglichen Le-

bens und der Versorgung der Arbeiterschaft.» («Für die Industrialisierung», 21. September.) Mit diesem einzigen Wörtchen sagt die stalinische Presse mehr, als sie zu sagen wünschte. «Ein geringschätziges Verhalten» gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiter ist in einem Arbeiterstaat nur von seinen eher überheblichen und nicht unter Aufsicht stehenden Bürokratie möglich.

Die gewagte Erklärung war ohne Zweifel dazu nötig, um die Hauptsache zu verdecken: den direkten Mangel an zur Befriedigung der wirtschaftlichen Aufgaben werden ohnehin Berechnung der realen Mittel gestellt. Auf die Schultern der Arbeiter wird eine immer unerträglichere Last gewälzt.

Den Hinweisen auf die «Unregelmäßigkeiten» in der Nahrungsmittelversorgung begegnet man zurzeit in jeder Nummer der Sowjetpresse.

Unterernährung plus Antreiberei! Die Verbindung dieser beiden Bedingungen genügt, um in kürzester Frist die maschinellen Einrichtungen zu verunreinigen und die Produzenten selbst aufzubrauchen. Zum Trost bringt die «Prawda» eine photographische Aufnahme von einer Arbeiterin, die ihr eigenes Schwein füttert. Das ist in der Tat ein Ausweg. «Die eigene Hauswirtschaft», lehrt die Zeitung (3. Oktober), «hat den Arbeiter früher an den Kapitalismus gefesselt, aber heute fesselt sie ihn an die Ordnung der Sowjets.» Man traue seinen Augen nicht! Einmal haben wir gelernt, daß die eigene Hauswirtschaft die Versklavung der Frau, die schändlichste Seite der sozialen Sklaverei überhaupt, bedeutet. Jetzt zeigt sich, daß «das eigene» Schwein das Proletariat an den Sozialismus fesselt. So machen die scheinheiligen Beamten von der Presse aus einer harten Not eine Tugend.

Schlechtes Essen und Ermüdung der Nerven rufen Teilnahmslosigkeit gegen das umgebende Milieu hervor. Das Resultat davon ist, daß nicht nur die alten, sondern auch die neuen, auf Grund der neuesten Technik erbauten Fabriken rasch der Verödung verfallen. «Versucht es», so ruft selbst die «Prawda» aus, «sei es auch nur einen Hochofen oder Martinofen zu finden, der nicht von Schmutz startete!» (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei

Eine „Warnung“

Zettel nachfolgenden Inhalts wurden am 24. Dezember der Währinger Abonnenten der «Roten Fahne» beigelegt:

Warnung!

Die Zellenleitung macht jeden Genossen aufmerksam, daß Erwin Pietsch wegen Trotzkismus und konterrevolutionärer Tätigkeit ausgeschlossen wurde. Pietsch war außerdem früher Nationalsozialist. Er behauptet, er gehöre der KP-Opposition an. Diese Opposition hat aber mit der Partei keinen wie immer gearteten Zusammenhang, sondern ist eine rein konterrevolutionäre Gruppe. Dasselbe gilt auch für Hasenöhr.

Rot Front

Die Zellenleitung XVIII

Mit dieser Trottelei wurde der Sturmplan gegen den «Trotzkismus» mit 100 Prozent erfüllt. Bezeichnend ist, daß man den in Verdacht des Trotzkismus stehenden Parteimitgliedern diese Warnungszettel nicht zusandte. Trotz dieser Vorsicht wurde gerade das Gegenteil des angestrebten Zweckes erzielt, denn auch die gegen uns noch eingestellten Parteimitglieder waren empört über den Dummengengstreich der von der Stalinschen Kreisleitung protegierten Zellenleitung Pissar und Teufel. Zwanzig Stück dieser Warnungen, die uns die empörten Parteimitglieder selbst überbracht haben, kann sich die Stadtleitung bei uns abholen, als Beweis der Wirkung dieser Kampfweise gegen die Linksoption.

Zellenleitung XVIII der KPÖ

(Linksoption).

Die imperialistische Mißhandlung Oesterreichs nach dem Kriege hat insbesondere in den an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebieten, die fast bar jeder Industrie sind, nationalistische Stimmungen auch in der dortigen Arbeiterschaft ausgelöst. Von dieser Welle erfaßt, geriet der dort heranwachsende junge Bauarbeiter Pietsch zunächst ins Lager des Nationalsozialismus. Doch in kurzer Zeit bäumte sich sein echt proletarischer Instinkt auf, er wurde wegen «bolschewistischer Tendenz» ausgeschlossen, kam zur SP, von wo aus er sich zum Kommunismus durchgearbeitet hat. Vier Jahre lang war er einer der aktivsten Genossen der Partei, war der Stalinschen Linie ergeben, war ein Gegner der Linksoption, bis er an der Hand schwerer Erfahrungen im praktischen Kampf die Berechtigung unserer Kritik, die Richtigkeit unserer Linie erkannte und sich uns anschloß.

Unter dem Motto: «Es gilt, die irrenden Naziproleten zu gewinnen!», zwingt die Stalin-Bürokratie der Partei eine Politik auf, die die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der KP fernhält und es der Partei ge-

rade dadurch erschwert, die irrenden Naziproleten herüberzuziehen. Da ist nun in Pietsch ein Arbeiter, der nicht herübergezogen werden brauchte, der sich selbst durch eigene Erfahrung durchrang, der in hundertfacher Erprobung in der Partei durch die Tat im Kampfe bewiesen, daß er ein ehrlicher, tüchtiger, der proletarischen Revolution durch und durch ergebener Kämpfer ist und der, um dessentwegen von der Partei an verantwortliche Posten gestellt, Partei an verantwortliche Posten gestellt, sich bewährt hat als Obmann der Währinger Bezirksorganisation, als Obmann des Währinger Bezirksarbeitslosenkommitees, des damals besten von Wien, als Mitglied des Zentralen Arbeitslosenkommitees. Statt sich dessen zu freuen, daß sich Gen. Pietsch so durchgearbeitet, statt ihn den irrenden Naziproleten als Muster vorzuhalten, sucht sie ihn umgekehrt, gerade damit herabzusetzen. Das ist nicht beschämend für Gen. Pietsch, den alle Kommunisten achten, aber beschämend für die Stalin-Bürokratie.

Der Fall hat aber auch eine ernste politische Bedeutung. Niemand könnte die Stalin-Bürokratie, die ihre grundsätzliche Taktik des Abstoßens der sozialdemokratischen Arbeitermassen immer wieder damit begründet, es gelte, die irrenden Naziproleten zu gewinnen, so sprechen, wenn es ihr mit dieser Begründung wirklich ernst wäre. Der Inhalt des oben veröffentlichten «Warnungzettels» zeigt, daß diese Begründung der Stalin-Bürokratie nur ein Vorwand ist, hinter den sie sich verkiecht, um ihre Sabotage der leninschen Einheitsfronttaktik vor den Arbeiterkommunisten zu verbergen.

Aus der Opposition

Bildungsabend: Montag, 9. Jänner, im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, abends 7/8 Uhr.

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50.

Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal

Bezirksorganisation XX. Jeden Dienstag um halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im kommunikativer Eggenberg, Rochelgasse 52

Eigentümer kommunistische Partei Oesterreichs (Linksoption). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Sipitschitsch, Wien, XVI., Hasnerstraße 27. — Druck: «Wahr», Wien VII